

Bekleidungsgewerkschaft

Organ des Verbandes christlicher Arbeitnehmer des Bekleidungsgewerbes und des Berufsverbandes christlicher Hutarbeiter

Nr. 20

Erscheint alle 14 Tage Samstags. Redaktionsbüro Montags vor dem Erscheinungstag. Die Zeitung folgt durch die Post bezogen 1.—Wort für das Vierteljahr; Mitglieder erhalten dieselbe gratis.

Köln, den 8. Oktober 1927

Geschäftsstelle Denloer Wall 9 / Fernr. West 57 259

Anzeigenpreis für die sechsgepaßte Mittelmetzgerle 20 Pfennig. Stellenangebote und Angebote folgen die Hälfte. Anzeigenannahme nur gegen Vorauszahlung. Zeitungen: Postfachkonto 3506 Köln

24. Jahrg.

Die sozialen Wahlen in ihrer Bedeutung für die christlichen Gewerkschaften

Von jeher haben die sozialen Wahlen in den Gewerkschaften größte Beachtung gefunden, wußte man doch, daß vom Erfolg oder Mißerfolg dieser Wahlen stets ein agitatorisches Plus oder Minus für die Gewerkschaftsbewegung abhing. Stets war es Gemeingut aller Gewerkschaftler, daß unendlich viel von den Wahlen für die Interessensvertretung der Arbeiterkraft in den maßgebenden Instanzen der Träger der einzelnen Versicherungszweige abhängt. Die Gewerkschaftler wissen, daß die Arbeiterkraft noch auf absehbare Zeit auf die Hilfeleistung der Sozialversicherung angewiesen und es noch lange nicht einerlei ist, wie und durch wen die Interessensvertretung der Arbeiterkraft sich vollzieht. Alles dies waren und sind für die größtmögliche Kräftepannung in der Vorbereitung der sozialen Wahlen wesentliche Momente. Die Motive, die vor Jahren zur verantwortungsbehafteten Mitarbeit uns anspornten, gelten noch immer. Aber noch eins sei betont: Noch nie waren die sozialen Wahlen für die Gewerkschaften von so eminent er Bedeutung, als die heutigen.

Man wird darauf aufmerksam machen, daß bei jeder sozialen Wahl dieser gegenüber ihrer Vorgängerin erhöhte Bedeutung beigemessen würde. Dazu sei gesagt: Die sozialen Wahlen der Vorkriegszeit können schon allein aus politischen Momenten heraus mit denen der Jetztzeit nicht gemessen werden. Bei allen wirtschaftlichen und sozialen Nöten, die die Arbeiterkraft heute belasten, ist eines nicht außer Acht zu lassen: Der Arbeiterkraft der Jetztzeit ist zum mindesten die formale, die gesetzliche Gleichberechtigung im Volksleben gegeben, und alle ihre Handlungen und Maßnahmen, auch die Beeinflussung der kleinsten öffentlich-rechtlichen und sozialen Körperschaft, ist von diesem Gedanken und dessen unbedingten Forderungen zu leiten.

Die Gewerkschaften haben die Wirren der Nachkriegszeit, der politischen Depression durch den Ruhrkampf, die ungeheuren Schläge der Inflation, die Auswirkungen der inneren Konsolidierung und schließlich der wirtschaftlichen Niedergänge überstanden. Neu getränkt und in sich erstarkt können die Gewerkschaften heute mitverantwortlich an der Gestaltung des deutschen Volkslebens wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Art teilnehmen. Können es und müssen es. Die christlichen Gewerkschaften sind daher besonders belastet mit Verantwortung auch hinsichtlich der sozialen Wahlen.

Ganz anders ist es also, ob eine soziale Wahl vorbereitet wird im Gedanken an agitatorische Erfolge als einziges Ziel, oder ob sich eine Bewegung auch in der Durchführung der ihr als Arbeiterinteressenvertretung berechtigt zustehenden, agitatorisch auszuwertenden Wahl auch von weitgehenden sozialen und politischen Gesichtspunkten leiten läßt. Doch darauf kann nachher noch ein übriges gesagt werden. Sowie dürfte heute jedem Einseitigen zweifelhaft sein: Die diesjährigen sozialen Wahlen sind für die christlichen Gewerkschaften Gradmesser nicht nur organisatorischer, sondern auch innerer Stärke. Die diesjährigen sozialen Wahlen sind für die christlichen Gewerkschaften nicht mehr und nicht minder als die in aller Öffentlichkeit zu offenbarende moralische Kraftprobe, die Geschichte der deutschen Arbeiterkraft und des deutschen Volkes höchst maßgeblich zu beeinflussen. Die Wahlen zu den sozialen Körperschaften müssen eine gewaltige Demonstration für die Idee, für das Wollen der christlichen Gewerkschaften darstellen.

Um uns die Bedeutung der sozialen Wahlen recht klar vor Augen zu führen, erscheint es notwendig, uns in etwa die Form und das Wesen der Sozialpolitik, insbesondere auf dem Gebiete der Sozialversicherung, vor Augen zu führen.

Die deutsche Sozialpolitik ist eine Einrichtung, die in Deutschland kraft obrigkeitlicher Gewalt eingeführt wurde. Dieser Hinweis möge dazu dienen, bei der Prüfung der gesamten sozialpolitischen Maßnahmen der Vorkriegszeit, der Gegenwart und der Zukunft das richtige Maß der Beurteilung zu erhalten. Als einheitliches Merkmal der deutschen Sozialpolitik zeigt sich, daß es sich um Einrichtungen

kraft obrigkeitlicher Gewalt handelt, die als sozialpolitische gedacht und gewollt sind. Die obrigkeitliche Erfüllung sozialer Forderungen konnte und wird auch in Zukunft wesentlich verschieden sein von den sozialen Einrichtungen, die auf private Initiative, sei es von einzelnen Personen, sei es von Verbänden und Körperschaften, zurückzuführen sind.

Im Hinblick auf das Ganze des damit vor unseren Augen sich entrollenden Bereichs lassen sich nach Dr. Brauer die vom Staate veranlaßten sozialpolitischen Maßnahmen in drei Gebiete aufteilen:

- Eingriffe in die Arbeitsphäre wie: sozialpolitische Bestimmungen über Umfang und Art der Arbeitstätigkeit im Arbeitsbetriebe; Arbeiterschutz; Einwirkungen auf den Arbeitsmarkt, Arbeitsnachweis, Arbeitslosenversicherung, Schutz der Kriegsbeschädigten auf dem Arbeitsmarkt, zum Teil auch Altersfürsorge;
- Eingriffe in die Existenzphäre wie: Krankenversicherung — Unfallversicherung — Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung — Reichsnährmittelsgesetz — Angestelltenversicherung — Lohnsicherung;
- Eingriffe in die Rechtsphäre wie: Schutz der Persönlichkeit des Arbeitnehmers vor Übergriffen des Arbeitgebers, Mitbestimmung der Arbeitnehmer.

Diese Einteilung sei der Uebersichtlichkeit halber gegeben. Es muß jedoch betont werden, daß sich eine kontrekte Abgrenzung in der staatlichen Sozialpolitik eigentlich nicht herstellen läßt, weil die oben genannten Gebiete in ihrer Wurzel doch immer irgend welche Verbindung aufweisen.

Im Rahmen dieser Ausführungen schalten wir für unsere Betrachtung die Maßnahmen staatlicher Sozialpolitik aus, die ein Eingreifen in das Gebiet der Arbeit schlechthin und des Arbeitsrechts bedeuten. Ebenfalls kann uns im Moment das Problem Lohnregelung nicht beschäftigen.

Den wesentlichen Inhalt dessen, was wir unter dem durch staatliche sozialpolitische Maßnahmen bedingten Eingriff in die Existenzphäre verstehen, bildet die Sozialversicherung. Die deutsche Sozialversicherung beruht auf dem Prinzip der Zwangsversicherung. Darin liegt an sich schon ein Eingriff in die Existenzphäre des Einzelnen. Als Eingriff in die Existenzphäre charakterisiert sich die Sozialversicherung aber auch vom Standpunkt der üblichen Sinnbedeutung dieser Versicherung aus. Nämlich: Ganz abgesehen von religiös-ethischen und soziologischen Momenten und Außerachtlassung der einen oder anderen volkswirtschaftlichen Verrechnung hat der Arbeiter vom bloßen Gerechtigkeitsstandpunkt aus Anspruch auf Entgelt der Kosten seiner Arbeitskraft. Diese sind wir gewohnt in dreifacher Hinsicht zu summieren: 1. „Kostenschädigung“ für die Erhaltung des Lebens und der Arbeitskraft (direkte Lohnstriftung); 2. für die in der Jugend aufgebrauchten Erziehungs- und Bildungskapitalien; 3. für Erhaltung des Lebens nach der Arbeitsperiode im Alter bis zum Tode. Die Sozialversicherung ergreift nun eine Mindestsicherung der Lebenskosten der inaktiven Tage und Jahre (Krankheit, Arbeitsunfähigkeit durch Unfall und Alter) und stellt damit die Existenz auf eine dem Zufall zum mindesten in etwa extrahierte Grundlage.

Aus der Tatsache der Versicherung erwächst den Versicherten ein Rechtsanspruch auf die Versicherungsleistungen; sie sind allerdings auch verpflichtet, zusammen mit den Arbeitgebern an der Aufbringung der Mittel sich zu beteiligen. Für Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung steuert außerdem das Reich Zuschüsse bei. Eine Ausnahme von der Mitbeteiligung der Aufbringung der Mittel macht die Unfallversicherung, deren Mittel von den Unternehmern allein aufgebracht werden.

Die Formen der deutschen Sozialversicherung sind uns seit Jahrzehnten geläufig. Unsere Kritik an Einrichtungen im Bereich der deutschen Sozialversicherung

ist wohl meist einzelpersönlich. Wir bringen die Sozialversicherung zu sehr in allerengste gedankliche Verbindung mit etwas außerhalb stehendem, wir nehmen zur Krankenkasse, zur Unfallversicherung und zur Invalidenversicherung zu sehr mehr oder minder rein gefühlsmäßig Distanz. Manches in der ablehnenden Haltung ist erklärlich, vor allen Dingen, daß alles in streng bürokratischem Sinne erledigt wird. Wie ist sehr oft das Verhalten bei der Krankenkasse? Ein inneres Rechtsgefühl fehlt einem großen Teil der Mitglieder, weil sie das Recht auf Anspruch der Hilfe nicht sehen, ein Recht, erworben durch materielle und ideelle Leistungen. Das Gefühl der inneren Unsicherheit beherrscht diese Menschen zu stark und zwar da und dort, wo ihnen der Anspruch und das Recht unzweifelhaft aufstehen. Sehen wir nicht ähnliche Situationen in der Unfallversicherung? Und erst bei den Versicherungsbehörden.

All das ist an sich verständlich. Aus seelischen Gründen, aber auch aus Gründen, die mit der Verwaltung der einzelnen sozialen Körperschaften zusammenhängen. Wir müssen aber als verantwortungsbewusste Gewerkschaftler uns von dieser Einstellung möglichst frei machen. Wir müssen bei der Behandlung sozialpolitischer Fragen weitestgehend sozial denken. Unsere Kritik an der Sozialversicherung ist zu sehr an der äußeren Form hängen geblieben. Wir müssen aber auch das Wesen der deutschen Sozialversicherung kennen lernen, um aus ihm heraus, von innen heraus eine in unserer Sinne liegende Reform anbahnen und durchführen zu können.

Wir haben die große Aufgabe, in besonnenem Streben sozialpolitisches Denken zum Allgemeinut breiterer Volksschichten zu machen, um hierdurch Voraussetzungen zu schaffen, in breitesten Volksschichten auch Verständnis für die Notwendigkeit der Selbstverwaltung der sozialen Körperschaften durch das Volk zu wecken. Damit soll dann auch verbunden werden die Erreichung des Zieles, den arbeitenden deutschen Menschen zu einer anderen, höheren sozialen Bewertung zu bringen. In engstem Zusammenhang höherer gesellschaftlicher Bewertung steht dann auch die Lösung des tiefsten Sinnes der sozialen Gesetzgebung: Den arbeitenden Menschen in den Besitz der Früchte seiner Arbeit zu bringen, den gerechten Arbeitsvertrag zu sichern, auf dieser so zu einer wahren Familienkultur fähig ist.

Die deutsche Sozialpolitik in ihrer konkreten Gestalt verdankt ihren tatsächlichen Aufbau und Aussehen Gründen und Erwägungen staatspolitischer Notwendigkeiten. Der Staat betrieb Sozialpolitik um seiner selbst willen, aus Gründen seines eigenen Lebens und seiner Entwicklung. Daß die Sozialpolitik dem einzelnen Staatsbürger zugute kommt, war dem Staate an sich gleichgültig, es war nur für ihn von Bedeutung unter dem Gesichtswinkel, daß er den jetzt etwa begünstigten Staatsbürger besser als bisher seinen eigenen Zwecken anzupassen vermag. Es werden eben „brauchbare Staatsbürger“ verlangt, die äußerlich und innerlich für den Staat gefordert sind. Dies gilt besonders für den Staat der Vorkriegszeit. Der moderne Staat benutzt für seine Zwecke jedes Mittel, d. h. er macht seine Politik hauptsächlich von der Zweckmäßigkeit der Mittel nicht aber immer von Recht und Gerechtigkeit abhängig. Angefangen vom preussischen Regulativ vom 6. April 1839, in dem für jugendliche der zehnjährige Höchstalbeitszeit eingeführt wurde mit der Begründung, in den Industriebezirken gehe die Militärfähigkeit dauernd zurück, ist dieser Ausdruck festzustellen. Die Bismarckstammerrunde aus dem Jahre 1859, in der dieser sagte, für den Industriearbeiter müsse etwas geschaffen werden, das ihm den Staat in einem günstigeren Lichte erscheinen lasse, ist hierfür ein weiterer Beweis und auch die unter der Ära Bismarcks I. und Bismarcks II. angebahnten und durchgeführten sozialpolitischen Maßnahmen. Selbst bei Fobadawski, dessen menschliches und soziales Wollen über jeden Zweifel erhaben ist, steht jede sozialpolitische Hand-

Aus einer Schlafmütze schüttelt niemand Grütze!

lung zuerst unter einem staatspolitischen und Zweckmäßigkeits-Gesichtspunkt. So also früher und teilweise auch in der Nachkriegszeit.

Diese Betrachtung des unbedingten Zweckmäßigkeitscharakters der deutschen Sozialpolitik weist uns in der Erkenntnis bestärken, daß für den Arbeiter nicht alles Heil in staatlicher Sozialpolitik bestehen kann, sondern Selbsthilfe unbedingt vorzuziehen ist. Diese Selbsthilfe liegt vor allem in der Arbeit der Gewerkschaftsbewegung. Dann aber dürfte uns im Rahmen des Besagten klar werden, daß die nach einer Reorganisation der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse strebende christliche Gewerkschaftsbewegung aus sozialen Gründen im weitesten Sinne des Wortes verpflichtet ist, dem staatspolitischen Geschehen in Deutschland ihre Auffassung auszudrücken. Das, was die Staatspolitik des modernen Staates aus, muß selbstbewußtes Volk christlicher Gewerkschaftler zu Organen umgestalten, die bei breitesten Volksschichten lebenswarm empfunden werden und in denen der Geist staatlichen Egoismus erstickt wird durch ständige und vollgültiger umspannenden, auf Gerechtigkeitssinn und christlicher Sittenehr beruhenden sozialen Welt. Darin liegt eine verantwortungsvolle Aufgabe, die zu ihren vornehmsten Aufgaben der christlichen Arbeiterbewegung bleibt. Hieraus müssen unsere christlichen Gewerkschaftler allerorts schon erkennen, daß zur Erreichung dieses einen Zweckes schon allein jedwede angelegene Werbetätigkeit geleistet werden muß, um befähigte Menschen unserer Bewegung in die Organe der sozialen Körperschaften hineinzubringen, die für die Weltanschauung eben dieser Körperschaften von ausschlaggebender Bedeutung sind.

Die diesjährigen Wahlen zu den Krankenkassen-Ausschüssen und durch diese zu allen übrigen Organen der sozialen Versicherung wird man ferner als ein Zeichen des positiven Willens werten müssen, der die christliche Arbeiterbewegung in ihrem Streben nach Standwerdung befeuert. Was in der Sozialversicherung an Organen geschaffen wurde, bildet nur den allgemeinen Rahmen, dem die Beteiligten, das sind vornehmlich die Arbeiter in ihrer Auseinandersetzung mit der Arbeitgeber und dem Staat den Inhalt zu geben haben. Die christliche Arbeiterbewegung muß als eine bestimmte Schicht im Gesamtvolke dem vom Gesamtvolke Geschaffenen aus eigener Kraft den Stempel des Eigenlebens und der Eigenschaft aufdrücken.

Die christliche Arbeiterbewegung hat wohl stets seit ihrem Bestehen sich der nicht immer wohlwollenden Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit erfreuen können. Besonders in der Nachkriegszeit, besonders nach dem vielbeachteten Eßener Kongreß, nach der Jubiläumstagung in Köln und nach dem Kongreß in Dortmund. Was die christliche Gewerkschaftsbewegung dort als ihr Programm verkündet hat, ist wohl noch im Gedächtnis der die christliche Arbeiterbewegung scharf kritierenden Kreise. Die sozialen Wahlen werden die Achtung der Öffentlichkeit vor unserer Bewegung je nach Erfolg oder Mißerfolg mehr oder minder günstig beeinflussen. Dessen dürfen wir gewiß sein.

Agitatorisch gesehen sind die sozialen Wahlen

Organisation

Einzelner Reiz der Mann
In seiner Kraft;
Einzelner zerstückelt sie
In dem Stärkeren,
Doch die Kräfte vereint der Gesamtteil
In einem Ganzen,
Bilden die Macht.
Und die Macht gibt dem Einzelnen
Das, was nun alle besitzen,
Das Recht und die Pflicht;
Nicht ihm ein von ihrem Geiste,
Dah er in ihr selbstbewußt lebe
Und sie erkenne.
Er fühlt sich von ihrem Geiste
Belebt, beleckt;
Und jeder liebt, daß da herrscht
Die Macht,
Und der Teil in ihr.
Der seiner Kraft.

Adnan

nie ohne Bedeutung. Wenn je, dann werden wir in den kommenden Wochen manchen Säumigen, Jaghaften und Desinteressierten auf unsere Bewegung aufmerksam machen und diese in ein beachtenswerteres Licht rücken, wenn der Ausgang der Wahlen zeigt, daß die christliche Arbeiterbewegung stark ist und gegenüber den gemäßigteren Gewerkschaften Erfolge zeigen kann. Wenn unsere gewerkschaftlichen Berufsverbände das rechte Verständnis für die Notwendigkeit allerinständiger Wahlvorbereitungen erkennen, zweifeln wir nicht daß auch innerhalb unserer Bewegung ein agitatorischer Erfolg in Mitgliederzunahme sich bemerkbar macht.

Und dann bedenken wir, daß die Wahlen zu den Ausschüssen der Krankenkassen die Wahlen zu den weiteren Instanzen der Versicherungsbehörden sind:

1. Vorstand, 2. Versicherungsamt, 3. Landesversicherungsanstalt und von hier aus: Oberversicherungsamt, Reichsversicherungsamt, Unfallversicherungsbehörden.

Was unten geschaff wird, schafft auch in den letzten Instanzen für unsere christliche Arbeiterbewegung Entfaltungsmöglichkeiten. Wenn aber, und das ist wohl das Wichtigste, unser Geist und Sinn Leben und Inhalt allen gesetzlichen Bestimmungen geben soll, in den Wahlen zu den Krankenkassen-Ausschüssen haben wir die Aufbau- und Auswirkungsmöglichkeit.

Halten wir uns ferner die Tatsache vor Augen, daß der Etat der gesamten deutschen Sozialversicherung heute etwas über 3 Milliarden beträgt und der Etat des gesamten deutschen Haushaltes 9 Milliarden. Der Etat der deutschen Sozialversicherung erreicht also fast ein Drittel des gesamten deutschen Haushaltes. Damit wird uns klar, daß es nicht einerlei ist, in welcher Richtung, nach welchen Gesichtspunkten und in welcher Weise diese ungeheuren Summen veraltet werden. Dies erkennen heißt, alle verantwortlichen Menschen der christlichen Arbeiterbewegung für die sozialen Wahlen, die über die Zusammensetzung der bestimmenden

Körperschaften entscheiden, sich rege interessieren lassen.

Ein weiteres: Wir fühlen und spüren die Mängel, die in der Krankenversicherung, in der Unfall- und in der Invalidenversicherung sich zeigen, lebendigste alle am eigenen Leibe. Sorgen wir durch rege Beteiligung und intensiver Mitarbeit dafür, daß in die Körperschaften, die über die Gestaltung der einzelnen Sozialversicherungswege zu entscheiden haben, solche Leute entsandt werden, die unsere Interessen vertreten.

Von etwas anderen Gesichtspunkten aus haben wir unsere Einstellung zu den sozialen Wahlen dargestellt. Darum: Diesmal geht es um mehr. Das Wollen der christlichen Arbeiterbewegung, wie es seit Jahrzehnten herausgearbeitet und der Öffentlichkeit bekannt wurde, muß in den diesjährigen sozialen Wahlen seinen Ausdruck finden. Es geht um die ureigenen Interessen der 21 Millionen Krankenversicherten selbst, es geht um den Ruf der Arbeiterbewegung vor der Öffentlichkeit und den eigenen Mitgliedern, es geht aber noch mehr um die Beweisführung des unverrückbaren Willens der christlichen Arbeiterbewegung, die Sozialversicherung zu einem Organ des Volkes selbst zu gestalten. Es geht darum, mit dem Bewußtsein aus ureigenster Kraft die Einrichtungen der Sozialversicherung nach ihrem Wollen in der deutschen Volksgemeinschaft zu gestalten und zu werten!

Erkennen unsere christlichen Gewerkschaftler, unsere Anhänger in der christlichen Arbeiterbewegung allüberall diesen Charakter der diesjährigen sozialen Wahlen, ist uns um ihren Ausgang nicht bange. Die Wahlen werden dann zu einem neuen Erfolg der christlich-nationalen Arbeiterbewegung werden!
J. Hübner, Köln.

Es geht wieder vorwärts!

Der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften gibt in Nummer 18 seines „Zentralblattes“ eine Übersicht über die Entwicklung der ihm angeschlossenen Verbände im Jahre 1928. An Ergänzung des gebotenen Zahlenmaterials wird herangezogen, daß die Arbeitslosigkeit zu Beginn des Berichtsjahres einen ihrer Höhepunkte erreichte und die Entspannung des Arbeitsmarktes im Laufe des Berichtsjahres nicht sehr erheblich war. Die Anzahl dieser Arbeitslosen (März 1928 mit 1000 Einwohner im Reichsdurchschnitt 32,5 unter 18 Jahre, Ende Dezember 1928 gegen nur 2,5 im Oktober 1925) wird in verstärkter Fortführung der Wirtschaftspraktik und im Wandel an individuellen Kontrakt geblieben. Organisatorisch bringen Arbeiterliche Erwerbsgesellschaften den Gewerkschaften immer mehr Hilfe. Diese bilden denn auch im Jahre 1928 nicht aus. Immerhin bieten die christlich-nationalen Arbeitergewerkschaften (die Angestellten-Gewerkschaften scheiden aus der Aufstellung aus) mit 643.549 Mitgliedern am Jahresanfang 1928 eine durchaus respektable Zahl, ohne deren Wirksamkeit das Berichtsjahr für die gesamte Arbeiterbewegung weit schlimmere Erscheinungen gezeigt haben würde. Der sich überall zeigende Kohlenbruch wäre ohne die scharfe Abwehr der Gewerkschaften in ganz anderem Maße wirksam geworden. Wir im Betreffenden gewerbe haben ja zur Genüge erfahren, was man den Arbeitnehmern nicht alles zumutet, wenn man den Arbeitgeber glaubt, die Macht zu haben, seinen Willen durchzusetzen.

Das gewerkschaftliche Bemühen muß sich in Krisenzeiten darauf konzentrieren, bereits Gewonnenes zu bewahren und zu sichern. Das ist nicht ohne Erfolg geschehen. Es innert man sich des Vorleses der weiblichen Jugend

Brauchen wir eine gewerkschaftliche Jugendbewegung?

Wer Gelegenheit hatte, die Ausstellung „Das junge Deutschland“ in Berlin zu besuchen, hat einen Eindruck bekommen von der Not, in der unsere heutige Jugend steht; aber auch von dem Willen der Jugend, selbstständig tätig zu sein, um bessere Verhältnisse zu erzielen. Der Plan zu der Ausstellung ist entstanden aus der Freizeitsbewegung der deutschen Jugendverbände. Der Reichsausschuss der deutschen Jugendverbände fördert bekanntlich Bewegung der Arbeitszeit für Jugendliche auf höchstens 48 Stunden in der Woche, Verbot der Nacharbeit, Gewährung eines freien Sonntagsnachmittags und ferner gesetzliche Sicherstellung eines dreiwöchentlichen Urlaubs für die erwerbstätigen Jugendlichen von 14 bis 18 Jahren und eines zweiwöchentlichen Urlaubs für erwerbstätige Jugendliche von 16 bis 18 Jahren.

Die Ausstellung hat zweifellos sehr wertvolles Material für die Forderungen geliefert. Vieles ist hier Gelegenheit, in einem späteren Artikel auf dieses Material zurückzugreifen. Die christlichen Gewerkschaften, die mit ihren Jugendgruppen dem Reichsausschuss der deutschen Jugendverbände angehören, unterstützen die oben genannten Forderungen bezüglich der Freizeit für die Jugend. Als gewerkschaftliche Organisationen, die den ganzen Menschen erfassen wollen, haben sie naturgemäß auch noch andere Ziele, die ebenso wichtig sind, als die diese betreffend Freiheit. Wir wissen aber, daß die gewerkschaftlichen Verhältnisse für die berufstätige Jugend heute noch längst nicht so sind, daß aus ihnen heraus Menschen heranreifen können, die im späteren Leben allgemein als tätige Hauptkräfte und gute Staatsbürger gelten können. Manches könnte besser sein, wenn die Kreise, die für die Verhältnisse verantwortlich sind, das Jugendproblem mit mehr Liebe und Sorgfalt behandeln würden.

Im Bekleidungs-gewerbe drängen die Verhältnisse im Bekleidungs-gewerbe geradezu zu einer Reform. Die Planlosigkeit in der Bekleidungs-

ung muß verschwinden, wenn nicht viele junge Bekleidungsarbeiter infolge der Ueberfüllung des Berufes Schiffsbruch leiden sollen, abgesehen davon, daß auch dem selbständigen Handwerker angereicher Schaden durch die ungelohnte Verbringhaltung erwächst. Und schließlich die fachtechnischen Ausbildung der Bekleidungsarbeiter ist im Augen. Die Einrichtungen sind für die Bekleidungsarbeiter in den meisten Orten nicht so gering, wie die Ausgetretenen sich ohne Schuld. Sehr viele von ihnen fallen der öffentlichen Fürsorge anheim, da es ihnen nicht gelingt, Arbeit und Verdienst im Gewerbe zu finden.

Das sind nur einige Schäden, die sich bei Ueberprüfung der Verhältnisse für die Bekleidungs- und Bekleidungs-gewerbe zeigen. Sie sind nicht nur für die männlichen Bekleidungs vorbanden; in kürzerer Weise vielleicht noch für die weiblichen. Aber auch für die Jugendlichen in der Bekleidungsindustrie ergeben sich bei der Prüfung der Verhältnisse Mängel, die dringend der Abhilfe bedürfen. In vielen Fällen sind die Betriebe nicht so, daß die Gesundheit der Jugend genügend geschützt ist. Die niedrigen Löhne für die Jugendlichen sind eine schwere ständige Gefahr für die Jugend, insbesondere für die weibliche. Dabei wollen wir schon davon absehen, daß das Zusammenarbeiten der beiden Geschlechter in den Betrieben — welches ja nicht zu umgehen ist — vielfach der Jugend zum Verhängnis wird.

So gesehen, ergeben sich Aufgaben, die an der Jugend gelöst werden müssen, die zum großen Teile nur von gewerkschaftlichen Jugendorganisationen gelöst werden können. Wir unterscheiden gewiß nicht die Arbeit der konfessionellen Jugendorganisationen. Sie ist wertvoll und notwendig. In den rein wirtschaftlichen und beruflichen Fragen aber müssen sie naturgemäß verfallen. Dies kann erfolgreiche Arbeit nur von den Gewerkschaften geleistet werden.

Aufgabe der Gewerkschaften ist es, die Jugendlichen in Jugendgruppen zu sammeln, dafür zu sorgen, daß sie ganze Menschen werden, d. h. ihren Beruf gut verstehen und durch ihren Beruf sich Achtung und Anerkennung

im Leben erwerben. Die Berufs- und Fortbildungsschulen leisten heute viel, aber manchmal doch zu wenig an der theoretischen Seite. In der kurzen Zeit, wo wir Jugendgruppen haben, machen wir die Erfahrung, daß die den Jugendlichen durch Vorträge und Vorführungen praktischer Arbeiten dieses leisten können, das sie in der Fortbildungsschule nicht finden. Unsere Jugend sind dankbar dafür. Wir können so mit unseren Jugendgruppen Hindernisse zwischen Schule und Arbeitsstelle weichen. Diese Arbeit wäre auch notwendig an der weiblichen Jugend. Leider fehlen uns bisher meist die geeigneten Führerinnen. Wo diese vorhanden sind, sollte man anerkennen, daß die Bildung von Jugendgruppen für weibliche Jugendliche ein Geben ist.

Doch nicht nur in Fortgruppen können wir der Jugend etwas geben. Unsere Jugendarbeit muß sich weitere Ziele setzen. Der junge Mensch muß auch die wirtschaftlichen Zusammenhänge kennen lernen. Unsere Wirtschaft gestaltet sich immer diversifizierter. Der Arbeiter braucht Kenntnisse über die Wirtschaft, damit er in derselben mitreden und seine Befolge verteidigen kann. Auch diese Kenntnisse müssen wir in unseren Zusammenkünften den jungen Leuten beibringen. Unsere Arbeiter haben ja leider nur die eine Möglichkeit, durch Selbstunterricht sich die Kenntnisse anzueignen, die notwendig sind, um im Leben vorwärts zu kommen. Höhere Schulen können sie nicht besuchen. Darum ist es auch eine dankbare Aufgabe der Gewerkschaften, wirtschaftliche Kenntnisse in ihren Jugendgruppen zu vermitteln. Wir sollen der Jugend in diesen Fragen Weg weisen und begleiten.

Wenn wir die Jugendarbeit von der organisatorischen Seite aus betrachten, so finden wir ebenfalls, daß sie für die gewerkschaftliche Bewegung notwendig ist. Jede Bewegung braucht Nachwuchs und Führer. Den Nachwuchs sichern wir uns am besten dadurch, daß wir die jungen Leute frühzeitig für uns gewinnen und sie mit unseren Ideen und Zielen vertraut machen. Der Jugendliche, der durch unsere Jugendgruppen geht, bleibt in der Regel auch später ein treuer Mitglied und wird meist auch zum Mitarbeiter in der

Gebrauchter Pflug blinkt, stehend Wasser stinkt!

Die- und Handelstammern im März 1926 in Essen, wo der sozialistische Kampfbund der Konfessionen angeht und die Freiheit des Arbeitgebers im Betrieb als Ziel aufgestellt wurde, ist bekannt die gesamte Entwicklung, wie wenig sich diese Hoffnungen erfüllt haben. In den Betrieben und in der staatlichen Sozialpolitik wurde nicht nur der alte Stand behauptet, sondern trotz der Unklarheit der Verhältnisse noch manches davon gewonnen, wie das z. B. aus den mehrfachen Erhöhungen der Erwerbslosenunterstützungssätze und aus der Neugestaltung des Reichs-Versicherungsgesetzes hervorgeht.

Der gewerkschaftliche Kampf trug freilich im allgemeinen das Gesicht des Stellungskrieges. Ein solcher Kampf führt nicht erfolgreich führen mit ständiger Begeisterung, sondern nur mit Ausdauer, Treue und Hingabe. Diese Eigenschaften wurden auf eine harte Probe gestellt. Menschlich verständlich ist es, wenn hier die Vergesslichkeit aufkommt und der Glaube an den weiteren Fortschritt ins Wanken gerät. Es nimmt deshalb nicht wunder, wenn die Gewerkschaften, die ja der äußeren Nachmittel gegenüber den Willkürern erzwungen, einen Abgang durch Hofensticht haben. Um so höher ist die Treue der Mitglieder zu bewerten, die sich auch durch den härtesten Druck der Unternehmer nicht irre machen ließen, sondern unentwegt zur Fahne der Gewerkschaften standen.

Die Gewerkschaften fordern von ihren Mitgliedern Opfer, die keine andere freie Organisation — gleich wie immer sie geriet ist — von ihren Anhängern verlangt. Es bleibt so ein Ruhmestitel der deutschen Arbeiterschaft, wenn sie eine so große Zahl seiner Kette, die sich an Einsicht, Opferwillen und Beharrlichkeit von keiner anderen Schicht im Volke übertrauen lassen.

Das erste Halbjahr 1927 hat die Zahl der christlichen Gewerkschaften weiter gesteigert. Es wird freilich nicht geringer Anstrengungen bedürfen, sollen die Zahlen der Mitgliederzeit wieder erreicht werden. Zuversichtlich ist indes der Bericht des Gesamtverbandes, daß die Zukunft die christlichen Gewerkschaften in besserer Verfassung findet als die längere Vergangenheit. Das Vertragswesen hätten die meisten Verbände so gestaltet, daß nur wirklich opferwillige Arbeiter zu ihnen treten könnten. In der geistigen Einstellung zeige sich ein hartes Durchhalten auf die ursprüngliche Eigenart. Manche hemmenden Einflüsse, die sich von der politischen Seite her geltend gemacht hätten, seien überwunden. In allen bleibe freilich noch das Problem nach härtester Konzentrierung und Rationalisierung in der Gewerkschaftswelt.

„Wenn es noch irgendeinen Schmutzwall gegen die soziale Reaktion gibt, so sind es, weiß Gott, nicht die freien Gewerkschaften, sondern die christlichen“, schreibt im Juli d. J. die den christlichen Gewerkschaften gewidmet habe „Weltbühne“. Das ist freilich so ist, wird jeder bestätigen, der den Wert einer Bewegung nicht nach großen Mitgliederzahlen beurteilt, sondern nach dem sie beherrschenden Willen, nach dem Einfluss, den sie zu erzeugen wolle. Ist so gesehen die Wirksamkeit der christlichen Gewerkschaften für die deutsche Arbeiterschaft von höchstem Wert, so wird man andererseits nur den Wunsch haben können, daß die Arbeiterschaft stärker noch als bisher sich ihrer Pflicht bewußt wird, die Reichen der christlichen Gewerkschaften zu stärken.

Die Mitglieder unseres Verbandes wollen gewiß, daß unsere Organisation jederzeit als starkes Glied in der Kette der christlichen Gewerkschaften erdient. Der Monat Oktober ist Werbemonat aller Christlichen Berufsvverbände. Sorge jeder von uns durch eifrige Mitarbeit in der Organisation dafür, daß die gesamte christliche Gewerkschaftsbewegung und im besonderen unser Berufsverband am Schluß dieses Jahres ein starkes Plus gegenüber dem Vorjahre buchen kann. Wir haben es in der Hand, durch unsere Arbeit die Bewegung so stark und schlagkräftig zu gestalten, daß alle reaktionären Pläne des Arbeitgeber — wie sie neuerdings wieder in ganz erschreckender Weise an die Devisenlosigkeit kommen — daran scheitern. Unsere Lösung für die Winterarbeit soll sein:

Durch eigene Kraft empur zur Höhe!

Bewegung Führer kann die Bewegung nicht ertönen. Sie müssen aus der Bewegung herauswachsen und sein. Unsere alten Führer waren gezwungen, selbsttätig tätig zu sein, weil sie niemanden hatten, der sie führte. Bei der jüngeren Generation ist das anders. Die alten Führer sind zum großen Teil noch da. Aber es kommt die Zeit, wo die „Alten“ nicht mehr Führer sein können. Und da dürfen wir uns einmal ernstlich die Frage vorlegen, ob wir in der jüngeren Generation genügend Vorarbeit geleistet haben, um aus ihr Führer zu bekommen.

Befähigte Menschen befinden sich zweifellos auch in dem jungen Geschlecht. Ihnen fehlt jedoch die nötige Erfahrung und eine genügende Ausbildung, um als Führer einzutreten zu können, wenn die „Alten“ nicht mehr Führer sein können. Wollen wir dieser Tatsache gerecht werden, so ist es notwendig, daß wir die Jugendlichen von früherer Jugend an mit den Grundlagen unserer Bewegung vertraut machen. Gelegenheit hierzu bietet uns nirgends besser, als in einer Jugendgruppe.

Jugendarbeit ist nicht leicht. Jeder, der praktisch darin tätig ist, weiß dies. Sie ist aber auch nicht so schwer, daß nicht alle Gruppen sie leisten könnten. In jeder Gruppe ist ein befähigter Kollege oder eine Kollegin vorhanden, dem oder der man das Amt des Jugendführers übertragen kann. Wenn dann die Vorbereitungen in den Jugendgruppen ebenfalls mitarbeiten, eventuell auch ältere Kollegen und Kollegen durch Vorträge oder Vorführung praktischer Arbeiten, so geht die Sache schon für sich. Auf die Jugendlichen einzustellen vollkommene Kenntnisse wird man leicht Referenten bekommen. Das Wohl der Jugend erfordert es, daß wir uns mit warmer Liebe und echter Kollegialität der Jugend annehmen. Daneben sind wir es aber auch unserer Bewegung schuldig, für einen guten Nachwuchs, für Mitarbeiter und Führer in der Bewegung zu sorgen. Alles was erfordert den Zusammenhalt der jugendlichen Arbeitsgruppen in gewerkschaftlichen Jugendgruppen. Darum, frisch auf ans Werk! Der kommende Winter muß überall unsere Ortsgruppen bei einer planmäßigen, stetigen und ausdauernden Jugendarbeit finden.

Rede und Gegenrede

Falschorganisierte: Wenn ich mich freiwillig organisiere, so habe ich auf meiner Wertarbeit keine Ansprüche mehr. Meine Kollegen, die im letzten Verband sind, würden mir das Leben zur Hölle machen. Darum kann ich, so leid mir dies tut, nicht in den christlichen Verband gehen!

Christlicher Gewerkschaftler: Deine freiwillig organisierte Kollegen scheinen eine sonderbare Auffassung von der Vereinigungsfreiheit, die für jeden Deutschen verfassungsmäßiges Recht ist, zu haben. Fühlst Du denn nicht, daß Du nicht in einer Gewerkschaft gehörest, deren Mitglieder so die Vereinigungsfreiheit niederknallen wollen? — Du kannst Dich doch in einem solchen Verband nicht wohl fühlen! Aber ich muß Dir doch auch noch etwas anderes sagen. Ich weiß, daß Du im übrigen Deine Christenpflicht erfüllst. Du gehörst zu einem konfessionellen Standesverein an und betätigst Dich auch sonst im öffentlichen, religiösen Leben. Kannst Du nicht auch Mitglied der Jugendorganisation zur freien Gewerkschaft? — Und sag mal, lieber Freund, glaubst Du nicht auch, daß Deine anderenbetriebs Kollegen mehr Respekt vor Dir haben würden, wenn Du in allem konsequent wärest? — Du müßtest Dich doch eigentlich vor Dir selbst schämen! Nachsicht kann man doch nur vor Männern haben, die ihre Uebertretung überall im Leben vertreten. Nur das sind aufrechte Männer. Sie handeln so, wie es ihrer inneren Einstellung entspricht. Dabei fürchten sie sich nicht, ihr Christentum auch auf den Werkstätten des Gegners gegenüber zu vertreten. Überlege Dir dies einmal. Wenn Du christlich Deiner Meinung Ausdruck geben willst, so mußt Du mir Recht geben. Sei doch nicht gar so bequem in Bezug auf die Unvereinbarkeiten mit Andersdenkenden. Wache endlich wach mit der Zweipartigkeit und komme zu uns!

Zu den letzten Verhandlungen in der Herrenkonfektion

Es ist weiter nicht bemerkenswert, daß sich bei Lohnverhandlungen die Meinungen der beiden Parteien konträr gegenüber stehen. Jede Seite sieht natürlich zunächst nur ihre Meinung. Dabei darf man allerdings lokalweise nicht die Argumente der Gegenseite einfach ignorieren. Warum die Arbeiterschaft gegenwärtig wiederum überall nach Lohnerhöhungen drängt, braucht angeregt der Lohnlage in Deutschland auf der einen, und der Lebenshaltungskosten auf der anderen Seite nicht erläutert zu werden. Das Streben nach besserer Lebensgrundlage wird man nicht einfach mit dem Wort „Begehrlichkeit“ abtun können. Wir können aber auch die Arbeiterschaft nicht so gering an, daß sie nicht den Wert höherer Arbeitseinkommen für die Gesamtwirtschaft erkenne. Warum man sich auf seiner Seite gegen Lohnerhöhungen sträubt, liegt u. a. in einer Unterschätzung der sommerlichen Entlastungsfähigkeit unserer Wirtschaft.

Auch die Haltung der Arbeitgeber bei den letzten Verhandlungen für die Herrenkonfektion war in diesem Fehler begründet. Die Herrenkonfektion liegt bestimmt nicht so unangenehm, wie man es uns glauben machen will. Gewiß kann nicht übersehen werden, daß bestimmte Schmiergelder, insbesondere bei der Kreditbewirtschaftung, ein großes Hindernis sind, um den am meisten gefürchteten Faktor der Wirtschaft zu überwinden, die Geldschaffung erleichtert. Was die Arbeitelöhne betrifft, so stellen sie unserer Meinung nach nicht den einzigen Faktor dar, um den am meisten gefürchtet werden braucht. Unerschütterlich ist uns vor allem, daß bei dem in „Wirtschaft und Statistik“ veröffentlichten Index für industrielle Fertigungswerte die Herrenkonfektion mit 178 Punkten an der Spitze marschiert. Dieser Prozentwert ist durchaus nicht in der Lohnentwicklung begründet, wenn man insbesondere den Einfluss der Frauennähen auf die Fertigung in Rechnung stellt. Es mag sein, daß die Verbesserung und die Verwendung besseren Materials einen großen Einfluss hat. Sicher ist, daß der zu geringe technische Fortschritt die Dinge stark beeinflusst. Nach dieser Seite könnte viel mehr getan werden. Aber man halte das in Deutschland bei den niederen Löhnen der Bekleidungsindustrie noch nicht notwendig. Daß die Industrie die bestehenden und auch höhere Löhne noch tragen kann, zeigt sich in der Tatsache, daß klein anfangende Fabrikanlagen vielfach führend in der Entlastung der Arbeiterschaft sind, und doch gut dortwärts kommen. — Einige Verbindung nach dieser Richtung haben wir ja schließlich auch. — Wir haben uns aber auch noch in letzter Zeit davon überzeugen können, daß gute Firmen nicht erstklassiger Konfektionsplätze zählen, die den Spitzenlohn selbst in Berlin und Hamburg noch übersteigen. Das mögen Ausnahmen sein, aber daß man kann, das zeigen solche Beispiele.

Von diesen allgemeinen Erwörterungen ausgehend, müssen wir uns mit einigen Arbeitgebererwiderungen gegen die Arbeitnehmerforderungen bei den letzten Verhandlungen befassen. Da behauptete der Syndikus des Arbeitgeberverbandes zunächst, die Forderungen der Gewerkschaften seien der Agitation wegen aufgestellt, es seien nur „Agitationsforderungen“. Was ist schließlich dazu zu sagen? Man könnte solche Bemerkungen mit Stillschweigen oder bitteren Worten abtun; das wäre aber keine praktische Methode. Deshalb gehen wir auf den Einwand ein. Wir hatten in der Spitze gefordert einen Stundenlohn von 1,05 Mark. Gewiß bedeutete diese Forderung gegenüber dem bisherigen Lohn von nur 83,5 Pfennig sehr viel. Aber unbedeutend war eine solche Forderung nicht. Wir brauchen zunächst nur darauf hinzuweisen, daß im Bekleidungsgebiete schon an mehreren Stellen solche und ihnen nachkommende Löhne existieren. Bereits seit dem Frühjahr. Auch das Gros der übrigen verarbeitbaren Industriezweige liegt nicht weit von dieser Forderung ab. Die Lohnschneiderei weicht sich schon seit längerem mit der Gründung der jetzt zurückliegenden Konfektionslöhne. Dann handelt es sich in der Konfektion zu mindestens 75

Prozent um gelernte, zum großen Teil hochwertige Facharbeiter. Wir wollen und können die Konfektionsarbeiterschaft nicht mit einer ungelerten Arbeiterschaft vergleichen. Ist da 1,05 Mark als Forderung unzulässig, wenn man weiß, daß selbst dann, wenn man auch nur recht wenig fordert, noch abgehandelt wird? Was wäre denn nach Arbeitgeberbegriffen eine distinkte Forderung gewesen? Was aber bedeutet diese Forderung in größeren Zahlen? Sie ergibt für den Zeilohnarbeiter in Berlin ein Monatsentkommen von 218,40 Mark und wenn man für den Fortarbeiter 25 Prozent (was im Durchschnitt der tatsächlichen Verdienste oder aber zu hoch als zu niedrig bemessen ist) zurechnet, 273 Mark. Würden die Abnehmer unserer Forderung auch von „Agitationsforderung“ reden, wenn sie selbst um solche Beträge kämpfen müßten?

Weiter meinte Herr Konwenthal auch jetzt wieder wie so oft schon, die Arbeitszeiten seien viel zu hoch. Wir haben schon verschiedentlich gezeigt, wie schon die tatsächlichen Kenntnisse der Herren durchaus, aber mit praktischen Fachkenntnissen würden wir uns höchstwahrscheinlich über die eben Einwand nicht lange unterhalten brauchen. Die Arbeit der Arbeitgeberverband leider nicht in Lohnverhandlungen. Wir unterwerfen uns nicht mit aller Entschiedenheit der Forderung, daß die tariflichen Arbeitszeiten für die jetzt verlangte Arbeit zu hoch angelegt sind. Wir stellen fest, daß ein sehr, sehr großer Teil der Arbeiter nicht wünschenswert über die festgesetzten Stunden erarbeiten kann. Infolgedessen wurde ja auch insbesondere die Forderung der Lohnsenkung als große Härte empfunden.

Die Arbeitgeber berufen sich dauernd auf die verdienten Löhne. Soweit Heimarbeit in Frage kommt, sind genaue Kontrollen über das Zustandekommen hoher Löhne nicht möglich. Aber auch für die Werkstattarbeiter, bei denen doch die Arbeitszeit kontrollierbar ist, konnten die Arbeitgeber als Löhne „hohe Verdienste“ nur Löhne in Höhe von 25 Prozent über den Zeilohn angeben. Das mit liegen aber andere Bekleidungsarbeiter nicht nur nicht über, sondern weit mehr noch unter den in anderen Gewerben, in denen man ja noch höhere Ueberverdienste garantiert hat, tariflichen Löhnen. Nach außen immer viel Gerede über zu hohe Verdienste, wenn man im Durchschnitt 25 Prozent Ueberverdienst erzielt würde, was wäre bei den an sich sehr niedrigen Grundlöhnen da besonders zu bemerken? Wir müssen immer wiederholen: Sinn und Zweck des Fortlohnes ist eben ein angemessener Ueberverdienst und an gut entlohnenden Arbeitstätten verdient der Arbeitgeber in der Regel nicht als ein Unterentlohneter.

Zur besseren Würdigung der Konfektionslöhne lassen wir auch hier einige Zahlen nach dem neuen Lohnabkommen folgen. Der Spitzenlohn in Berlin und Hamburg beträgt 92 Pf. ab Oktober. Das macht ein Monatsentkommen von nur 204,37 Mark für den Zeilohn, und wenn man 25 Prozent Fortlohn zurechnet, ganze 255,45 Mark. In der letzten Serie der Kleinlöhne macht es für den Fortarbeiter bei 25 Prozent Ueberverdienst 188,37. Wenn man bedenkt, daß nach der alten Rahmen-Gehaltsordnung vom April 1926 der Beamte der untersten Gehaltsgruppe mit Frau und 2 Kindern ein Entgelt von 198 Mark hat, und man diese Gehälter als viel zu niedrig betrachtet, dann kann man doch mit gutem Gewissen nicht von so hohen Löhnen der Bekleidungsarbeiter reden. Ganz abgesehen davon, daß der Beamte Aufzuchtungsleistungen, ganz andere Feriengrundlagen, Alters- und Krankheitsversicherungen durch Pensionen hat, die man als selbstverständlich ansetzt. Dem Arbeiter aber will die Industrie immer vorrechnen, daß die Löhne viel zu hoch seien. In Wachsenburg beträgt das Monatsentkommen unter gleicher Bedingung in der Spitze nur 185,90 Mark, und geht bei den dortigen Löhnen in den unteren Serien bis auf 154,70 Mark herunter.

Auf einen Einwand wollen wir noch eingehen. Die Arbeitgeber zogen auch diesmal auf Vergleiche zwischen den Stundenlohn von vor dem Kriege und jetzt. Dieser Vergleich kann überhaupt nicht gezogen werden, weil die Grundlagen für die Berechnung vollständig verändert sind. Aber selbst wenn wir ihnen folgen könnten, dann müßten wir feststellen, daß in manchen Bezirken die Schneider mit den höheren Löhnen für das Stück bezahlt doch nicht mit den Vorkriegslöhnen verglichen werden können, weil es einfach nicht mehr die gleiche Arbeit wie damals ist. Und andere Orte haben sogar noch Einbußen am Lohn zu verzeichnen. Wir sind bereit, gemeinsam mit dem Arbeitgeberverband alles diesbezügliche Material gemeinsam zu prüfen. Solche Prüfungen lehnt der Arbeitgeberverband allerdings ab.

Wir wollen zum Schluß aber auch zu den Gottschalk vorhandenen Verbesserungen gegenüber der Vorkriegszeit noch sagen, daß wir es auch mit aller Energie ablehnen müssen, uns wieder auf den Vorkriegsstand zurückzudrehen zu lassen! Deshalb haben wir nicht ein Mindestgehalt aller Gewerkschaftsarbeit geleistet. Und wenn der Arbeitgeberverband glaubt, seine Wünsche höherer Lohnen zu können, dann müssen wir uns darauf einstellen, ruhig und leidenschaftlos uns auf den Moment vorzubereiten, in dem wir auch für die Herrenkonfektionsarbeiterschaft um die notwendige Lohngrundlage unsere ganze Kraft einbringen müssen.

Die Innungsmeister werden lebendig

In letzter Zeit machen die Innungsmeister des Bekleidungsgebietes viel von sich reden. Es geschehen Dinge im wirtschaftlichen Leben, die nicht im Programm der Schneiderinnungen stehen. Darum läuft man Sturm gegen dieselben. Neuerdings hat sich auch die Schneiderinnung in Wachsenburg in Westfalen mit den Auswirkungen des Arbeitszeitgesetzes beschäftigt. Die Stellungnahme der Innung zu der Frage ergibt sich aus einem Bericht der „Wachsenburger Zeitung“. Es heißt da: „Bei Besprechung über die Auswirkungen des neuen Arbeitszeitgesetzes wurden die erheblichen Schwierigkeiten der Durchführung erörtert. Allgemein wurde darüber festgestellt, daß die vielfach durchaus unklaren gesetzlichen Bestimmungen für das Schneiderhandwerk unrichtig seien. Das Schneidergewerbe ist mehr wie jedes andere als ein Saisongewerbe anzupassen und während der Saisonzeit auf die Leistung erheblicher Mehrarbeit angewiesen. Wenngleich die tariflichen Vereinbarungen der

Kreislarbeitergemeinschaft im Deutschen Schneidergewerbe bezüglich der Mehrarbeit diesen Verhältnissen Rechnung tragen, und „in Ausnahmefällen“ eine Mehrarbeit bis zu 10 Stunden zulassen, so wird auf der anderen Seite diese Mehrarbeit doch in vielen Fällen durch die zu zahlenden erheblichen Ueberstundenzulagen unmöglich gemacht. Der Zuschlag beweist sich nämlich 20 Prozent und 68% Prozent auf die Arbeitsstunden.

Aus der Verammlung heraus wurde weiterhin lebhaft Klage darüber geführt, daß durch die gesetzlichen Bestimmungen des Arbeitszeitgesetzes völlig ungleiche Wettbewerbsbedingungen zwischen Stadt und Land geschaffen seien. Während auf der einen Seite die Stadtbetriebe gezwungen sind, genau die tariflichen Bestimmungen und die gesetzlichen Vorschriften bezüglich der Arbeitszeit und der Ueberstundenzulagen einzuhalten, weil in der Stadt lebhaft eine Schlichterbetriebe der Kontrolle nicht an die gesetzlichen Vorschriften gebunden. Diese Zustände sind auch die Ursache, weshalb die Durchfuhrung der Arbeitszeitordnung das schmutzige Denunzationsamt, das sich wieder breit macht, und eine weitere durchaus unerwünschte Verschärfung der sozialen Gegensätze herbeiführt. In dieser wichtigen Existenzfrage wird die Schneiderinnung in Verbindung mit der Gewerkschaft, eine annehmbarere zeitliche Regelung herbeizuführen.

Die gesetzlichen Bestimmungen in der Arbeitszeitverordnung sollen für das Schneidergewerbe untragbar sein. Als Gehilfen können wir dies nicht einsehen. Es sind genügend Arbeitskräfte vorhanden, die eingestellt werden können, wenn die Aufträge mit den zur Zeit beschäffigten Gehilfen bei achtstündiger Arbeitszeit nicht erledigt werden können. Für uns ist es unerträglich, daß ein Teil der Gehilfen erst, zu einer zwölf bis sechzehnständigen Arbeitszeit herangezogen wird, während der andere Teil auf der Straße liegt und nirgend Arbeit findet. Zudem waren die Gehilfenverbände einseitig genug, den Arbeitgeber für besondere Fälle eine erhebliche Mehrarbeit durch tarifvertragliche Vereinbarung zuzugestehen. Damit ist den Verhältnissen im Gewerbe durchaus Rechnung getragen. Wir müssen es aber ablehnen, dem Wunsch der Innungen zu folgen, eine Arbeitszeit zuzulassen, die in keinem anderen Gewerbe beansprucht wird. Warum sollen denn gerade die Schneider die „Heldenbrötchen“ unter den gewerblichen Arbeitern sein? Wir bekamen uns dafür!

Man wehrt sich auch in Innungskreisen gegen die Zulage für Ueberstunden. Und scheint sogar, daß dies das Hauptmergenstück für die Innungsmeister ist. Man möchte eine unbegrenzte Ueberzeitarbeit ohne entsprechende Mehrbezahlung. Damit hätte man dann die „gute alte Zeit“ — für die Innungsmeister — wieder eingeführt. Die Innungsmeister mögen sich diesen Gedanken ruhig aus dem Kopfe schlagen. Daraus wird nichts!

Die Verordnung über die Arbeitszeit soll völlig ungleiche Wettbewerbsbedingungen zwischen Stadt und Land geschaffen haben. So lagen die Innungsmeister weiter. Diese Einrede gegen die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit ist uns bisher nicht begegnet. Die Verordnung über die Arbeitszeit gilt für Stadt und Land in gleichem Maße. Sollte es deshalb wahr sein, daß diese auf dem Lande nicht eingehalten wird, so bietet sich ja den Innungen ein barbares Feld der Bestrafung, indem sie mit dafür sorgen, daß Gehilfen auf dem Lande nicht vorkommen. Wenn die Innungen wollen, können sie in der Frage die Gewerkschaften als Bundesgenossen haben. Man greife nur verzagt zu und der Uebelstand wird bald beseitigt sein.

Aus all den Verlaufdarungen, die uns in letzter Zeit aus Innungskreisen zu Gesicht kamen, spricht der Geist der Reaktion. Man will sich mit den neuen Zeitverhältnissen nicht abfinden. Zum Glück ist der Einfluss der Innungen nicht so hart, daß sie die Dinge wesentlich beeinflussen können. Wir als Gewerkschaftler haben es in der Hand, die Innungen in ihrem reaktionären Streben vollständig schachmatt zu legen. Sorgen wir dafür, daß jene Gehilfen, denen man vorkünftliche Verhältnisse aufzudrängen will, der Organisation zugeführt werden. Dann werden die Innungsmeister bald einsehen, daß sie Utopien nachsagen, die niemals mehr Wirklichkeit werden.

Bezirksstagung unserer westdeutschen Gruppen

Die Ortsgruppen und Verwaltungstellen des 3. Bezirks waren für den 26. September zu einer Bezirksstagung nach Elberfeld geladen. Die Konferenz war sehr gut besucht. Insbesondere hatten sich auch verhältnismäßig viel jüngere Delegierte eingefunden, woraus zu schließen ist, daß die jüngeren Mitglieder nunmehr wieder mehr als in den letzten Jahren am Gewerkschaftstagen teilnehmen.

Den Bericht über den Stand des Verbandes im 3. Bezirk erstattete Bezirksleiter, Kollege Günnewitz. Er führte aus, daß die Mitgliederzahl der Jahre 1922 und 1923 heute noch nicht wieder erreicht sei. Der Abgang in der Mitgliederzahl trifft hauptsächlich die weiblichen Mitglieder. Als Ursache für den Rückgang kommt in Frage die Unerfahrenheit und Ungewandtheit der Mitglieder, die in der Nachkriegszeit gewonnen wurden, so daß aber auch die große Arbeitslosigkeit in den Krisenjahren. Das Beschäftigungsgewerbe wurde allgemein von der Wirtschaftskrise hart in Mitleidenenschaft gezogen, in allerhöchstem Maße jedoch in Westdeutschland. Im Vergleich zur Nachkriegszeit ist die Mitgliederzahl einigermaßen befriedigend, da jetzt doppelt soviel Mitglieder vorhanden sind, als im Jahre 1913. Ebenso kann die organisatorische Ausgestaltung der Verwaltungstellen und Ortsgruppen im allgemeinen als gut bezeichnet werden, wenn sich auch noch hier oder dort Mängel zeigen.

Ein Vortrag über die „Gestaltung des Gewerkschaftslebens und der Arbeit“ sollte bezwecken, den Delegierten zu zeigen, welche Arbeiten im Berufsverband vorrangig sind, wie sie angefaßt werden müssen und welche Wege gangbar sind, um durch vermehrte Werbetätigkeit den Einfluss der Organisation zu erhöhen. Das Referat wurde vom Kollegen Gresshoff, Köln gehalten. Redner konnte als Leiter einer großen Ortsgruppe aus der Praxis schöpfen. Er bezeichnete die Tätigkeit der Mitglieder zu zielbewußten Streichen, guten Staatsbürgern und pflichttreuen Gewerkschaftlern

als notwendige Aufgabe unserer Gruppen. Daneben in echte, gegenseitige Hilfsbereitschaft im Betriebe und in der Wirkkraft der Mitglieder untereinander. Christenpflicht und gewerkschaftliches Gebot. Aus der gegenseitigen Hilfe erwächst das Zusammengehörigkeitsgefühl der Mitglieder, eine gewerkschaftliche Tugend, die über- all gepflegt werden sollte. Als besondere Pflicht wurde bezeichnet, die Beschäftigungsarbeiterinnen gegen Ausbeutung und Misshandlung zu schützen. Der heranwachsenden Jugend im Beschäftigungsgewerbe müsse ebenfalls eine besondere Fürsorge gelten. Dazu sei ihre Zusammenfassung in Jugendgruppen unter Mitwirkung des Elternhauses notwendig. Mit den funktionellen Standesvereinen soll ein gutes Einvernehmen und Gemeinschaftsarbeit gepflegt werden, damit aus dieser gemeinsamen Arbeit eine geistig regsame Arbeiterschaft hervorgehe, die in der Lage ist, den Auftrag der Arbeiterschaft aus eigener Kraft zu vollenden.

Für die Mehrarbeit in den kommenden Wochen legte der Referent Leitsätze vor, die an die einzelnen Gruppen verfaßt werden sollen. Die Durchführung der herein geforderten Maßnahmen soll von der Bezirksleitung überwacht werden. Mit einem warmen Appell an die Anwesenden, in ihrem Wirkungsbereich nunmehr alles aufzubieten, um unsere Reihen zu stärken, schloß Redner seine Ausführungen.

Die Tagung besaßte sich ferner mit der Frage einer besseren Durchführung der Tarifverträge. Den einleitenden Vortrag hierzu hatte Kollege Wulken, Köln, übernommen. Redner stellte zunächst fest, daß in bezug auf die Durchführung der Verträge manche Mängel zu verzeichnen seien. Namentlich liegt hier in den Kleinbetrieben und in den Betrieben mit weiblichen Arbeitern vieles im Argen. Die Ursachen hierfür wurden besprochen und Wege gezeigt, wie dem Uebelstand beseitigt werden kann. In der Arbeitszeitfrage haben die Gehilfenverbände den Bedürfnissen des Gewerbes durch tarifvertragliche Vereinbarungen weitgehendst

Stimmungen

Schön ist die Natur, wenn im Lenzenregen Unter Blütenlast sich die Zweige neigen Herrlich alles Land, wenn zur Sommersprache heißes Leben rings aus Fluß und Heide lacht. Doch am besten dünkt mich, wenn im hohen Wald Kühles Herbstminderdäunen bunte Blätter malt. Wenn im letzten herben Schmerz die Welt entlagt — Und ihr frühes Sterben meinem Herzen klagt. — Aurel Wolfram.

Rechnung getragen

Am 29. September fand in Berlin die Verhandlung über ein neues Reichslohnabkommen für die Woll- und Haarhutindustrie statt. Die Forderung der beiden Arbeitnehmerverbände betrug 80 Wg. für den ersten Lohnbezirk (Berlin und bestes Gebiet), dem sich die anderen Lohnsätze anpassen sollten. Das bedeutete 20 Proz. Erhöhung, die uns in Rücksicht auf die Lebenshaltungskosten, Löhne anderer Berufe, vor allem der Schneiderbranche, gerechtfertigt schien. Daneben waren noch einige Forderungen mehr ertlichen Charakters gestellt.

Die Arbeitgeber lehnten zunächst eine Lohnerhöhung ab und begründeten dies mit den Löhnen anderer Berufe in den beiden hauptsächlichsten Branchen Guben und Rudenwalde. Außerdem sei seit der letzten Verhandlung keine sehr wesentliche Erhöhung der Lebenshaltungskosten eingetreten, da z. B. die Kleinfleiderung schon bei der letzten Verhandlung berücksichtigt sei. — Später jedoch erklärten sich die Arbeitgeber zu kleineren Zugeständnissen bereit, jedoch sollte die Lohnerhöhung nur für die Zeithilfsarbeiter gegeben werden, da die Löhne der Affordarbeiter an sich hoch genug seien, und die unten liegenden Affordlöhne durch das 25prozentige Affordlohn ja mit erhöht würden.

Als letztes Angebot bezeichnete die Arbeitgeber 8 Prozent für die Zeithilfsarbeiter, 3 Prozent für Afford, und eine Laufdauer des Abkommens von einem Jahr. Ueber dieses Angebot entspann sich eine lange Beratung. Es erschien uns in Rücksicht auf das niedere Zugeständnis besonders für die Affordarbeiter, so daß vor allem wegen der langen Laufzeit nicht annehmbar. Die Verhandlung wurde deshalb abgebrochen. Das Reichsarbeitsministerium muß nunmehr den Streikstill schließen.

Tarifbewegungen

Woll- und Haarhutindustrie.

Am 29. September fand in Berlin die Verhandlung über ein neues Reichslohnabkommen für die Woll- und Haarhutindustrie statt. Die Forderung der beiden Arbeitnehmerverbände betrug 80 Wg. für den ersten Lohnbezirk (Berlin und bestes Gebiet), dem sich die anderen Lohnsätze anpassen sollten. Das bedeutete 20 Proz. Erhöhung, die uns in Rücksicht auf die Lebenshaltungskosten, Löhne anderer Berufe, vor allem der Schneiderbranche, gerechtfertigt schien. Daneben waren noch einige Forderungen mehr ertlichen Charakters gestellt.

Ortsgruppenberichte

Wuppertal. Unsere Ortsgruppe hielt am 5. September eine Verammlung ab, die sehr gut besucht war. Kollege Karp, Wuppertal, referierte über das Thema: „Die Zukunftsaufgaben unserer Bewegung.“ Eingeleitet wurden seine Ausführungen mit einem Rückblick auf die wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiter in der letzten Konfektion vor etwa 30 Jahren, wobei insbesondere interessante Bilder aus dem Wuppertalbezirk gezeichnet wurden. Aus der Gegenüberstellung der damaligen und der heutigen Verhältnisse war klar erkennbar, wie sich die kulturelle Hebung der Arbeiterschaft des Beschäftigungsgewerbes mit dem Wachsen der Organisation entwickelt hat. Die bessere geistige Schulung der Arbeiterschaft brachte erkennbare Verbesserungen der Arbeitsverhältnisse nach der qualitativen Seite hin mit sich. Die Organisation hat für jene Arbeiter, die früher am weitesten in ihrem Lebensverhältnis zurückgeblieben waren.

Klar zeichnete Redner auch die Zukunftsaufgaben der Bewegung. Daß die Organisation nicht nur Lohnbewegungsmaschine ist, sondern auch höhere, weite Ziele verfolgt, wurde vom Referenten klar herausgestellt. Er wies ferner nach, daß die deutsche Arbeit noch mehr als bisher Qualitätsarbeit werden muß. Dieses Ziel ist, wie er erklärte, wenn Arbeitgeber und Arbeitnehmer ihr Handeln danach einrichten. Wichtiges Ziel der Arbeit muß sein, dem Volkswohl zu dienen.

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen legte Kollege Karp den Anwesenden nahe, sich auch volkswirtschaftliche Kenntnisse anzueignen. Diese seien notwendig, damit die Arbeiterschaft im Wirtschaftsleben ihre Interessen in guter Form wahrnehmen können. Zum Schluß ermahnte der Referent zur gegenseitigen Hilfsbereitschaft in den Betrieben. Jede Kollegialität sei die beste Grundlage für entsprechende Organisationsarbeit. Eine rege Diskussion, die sich im Sinne der Ausführungen des Referenten bewegte, zeigte, daß die Mitglieder bereit sind, das Gebot zu beherzigen und ihre gewerkschaftliche Arbeit entsprechend einzustellen. Nach Erledigung einiger geschäftlichen Angelegenheiten konnte der Vorsitzende die gut verlaufene Verammlung schließen.

Achtung!

- 41. Wochenbeitrag fällig vom 9. Oktober bis 15. Oktober.
- 42. Wochenbeitrag fällig vom 16. Oktober bis 22. Oktober.

Lehrhefte für den Selbstunterricht

Sach-Anleitung „Einheits-System Biallas“	1.- M.
Werkkonstruktion nebst Berechnungsbüchlein	1.- M.
Rohschmitt-Anleitung nebst Aermel	1.- M.
Patent-Anleitung „Einheits-System Biallas“	1.- M.
Schnitt-Anleitung der Hose	1.- M.
3 Hefte auf einmal bezogen kosten nur	2.80 M.

Modenbilder für den Herbst und Winter 1927/28

Ausgaben für die feine Herrenschneider, Tadelnsumme 1.- M.
 Patron-Tableau 3.- M.
 1 Mappe „The Gentleman“, 10 Platten farbig 7.- M.

Schnittmuster nach Maß

Sakko 2.80 M., Rock 3.- M., Weste 1.60 M., Patetot 3.- M. Hose 2.- M., Ulster 3.60 M., Raglan 3.75 M., Frack 3.- M., Joppe 2.60 M.

Friedrich Biallas, Berlin 19, Leipziger Str. 83

Spezial-Ausbildung

in der Herren- und Damenkonfektions-schneidererei durch vorerf. Lehrkräfte in d. u. darauf folgenden praktischen Unterricht wird durch unsere bewährten Fachlehrer erteilt.

BARDO & CO., G. m. b. H., Nürnberg
 Feinste Anerkennungen. Anmeldungen jederzeit. Prospekte kostenlos.

Die beste Ausbildung für Schneidermeister Zuschneider Direktrizen

bietet die Private

Zuschneide-Schule

der Zuschn.-Verein. von Rhld. u. Westf.

Fachlehranstalt für moderne Zuschneidekunst. Verlag von Fachzeitschriften und Modellbüchern. Lehrbücher zum Selbstunterricht. Schnittmusterversand.

Jubiläumsprospekt gratis durch die Geschäftsstelle

Köln a. Rh., Neumarkt Nr. 27-29

Gedenktafel

†

Es starb unser treues Mitglied

Anna Rippen, Oedt

Ehre ihrem Andenken!